

Nachtrag.

Während der Drucklegung dieses Buches sind eine Anzahl wichtiger Materialien eingegangen, die auf alle Fälle noch in einem Nachtrag mitgeteilt werden müssen. Zuerst noch einige Zeitungsnotizen:

Ernährung und Sterblichkeit.

In Berlin starben auf Tausend der Bevölkerung:

Januar bis Oktober 1913	13,48
1914	14,44
1915	15,05
1916	14,64
1917	19,98
1918	20,05

(Germania 1. 2. 19.)

Nach den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts sind die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders bei den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Tuberkulose, Strophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, englische Krankheit und Blutarut haben in erschreckendem Maße zugenommen, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist ungeheuer gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1—15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte gegen früher gestiegen.

(Frankf. Ztg. 31. 1. 19.)

Das sind zweifellos die Folgen einer schlecht entwickelten Landwirtschaft. Wäre sie auf der Höhe gewesen, hätte die Hungerblockade nie diese entsetzliche Wirkung haben können. Wir können und wir müssen sie auf die Höhe bringen. Wir können es. Technisch sind wir so weit. Wir müssen nur die technischen Kenntnisse jedem Landwirt übermitteln und überall die Kenntnisse anwenden.

Auch hier muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es an den notwendigen Mitteln dazu nicht fehlen kann. Denken wir doch nur immer wieder daran, welche gewaltigen Mittel für die Erwerbslosenunterstützung ausgegeben werden! Die Stadt Berlin zahlte seit Beginn der Erwerbslosenfürsorge bis Anfang April 1919 rund 83,5 Millionen Mark aus! In wenigen Monaten!

Diesen Zuständen gegenüber muß der „Deutschen Tageszeitung“ ganz energisch zugestimmt werden, wenn sie in ihrer Nummer 149 vom 24. März 1919 erklärt, daß es ein Verbrechen am deutschen Volk ist, wenn in dieser Zeit, wo wir um dreifach höhere Preise Lebensmittel aus dem Ausland kaufen müssen, um nicht zu verhungern, das große Kulturwerk der Erschließung von Neuland auf deutschem Boden nicht im Angriff genommen wird.

Wenn die Kultivierung eines Hektars jetzt

5000 Mark

kostet, so sei das gleichgültig gegenüber der Kulturaufgabe. Die großen Lebensmittelaufkäufe im Auslande verschlechterten gewaltig unseren Geldwert. Nur eine energisch geförderte eigene Produktion könne uns retten.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ weist auf die unproduktiven Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge hin. Sie meint mit Recht, daß wir gewaltige Summen, besonders auch durch Wertaufbesserung, ersparen können, wenn wir alles daran setzen, uns selbst im eigenen Lande zu versorgen.

Hier muß aber nochmals gesagt werden, daß als wesentliche Grundlage dafür der Ausbau der Arbeitsverhältnisse unerlässlich ist. Zwar werden durch die Verordnung vom 28. März 1919 über die Freimachung der Arbeitsstellen, die viele vom Lande Kommenden aus der Großstadt ausweist, manche genötigt werden, Landarbeit anzunehmen. Aber der große Strom aus der Stadt aufs Land hinaus, den wir brauchen, der fehlt noch. Wohl gehen einzelne Familien hinaus. Und die Landwirte machen auch mit ihnen gute Erfahrungen. Der Groß-Berliner Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge hat nun auch einen Vertrauensausschuß für Landarbeit eingesetzt, der besonders die vorbildliche Arbeitsvermittlung und Arbeitsverteilung in der Provinz Sachsen untersuchen und überleiten will. Auch scheinen endlich die führenden Landwirte einzusehen, daß sie einlenken müssen. Herr v. Wangenheim hat z. B. ein Flugblatt unterzeichnet, in dem die Landwirte aufgefordert werden, schleunigst je einige Männer, Frauen oder Familien aus der Stadt aufzunehmen, ehe die Katastrophe auch über die Landwirte hereinbreche. Dr. Kuths, der gerade nicht sehr sozial angehauchte Güterdirektor der Stadt Berlin schlägt vor, die Arbeiter durch einen reichlichen Anteillohn für eine stärkere Arbeit auf den Gütern zu gewinnen. Er steht allerdings noch ganz auf dem alten Boden von Herr und Knecht und hat die Zeichen der Zeit auch im geringsten noch nicht begriffen. Aber er fängt doch an umzulenken. Auf den richtigen Weg wird er — und mit ihm alle anderen tüchtigen Landwirte — erst kommen, wenn er begreifen lernt, daß die heutigen Menschen keine untergeordneten mehr sein können, sondern daß den Land-

arbeiten bei der Arbeit ebenso ein Mitbestimmungsrecht zusteht, wie den Arbeitern und Angestellten in den Fabrik- und anderen städtischen Betrieben.

Nur auf diesem Wege, der den Arbeitern scheinbar so unmäßige Rechte zubilligt, in Wirklichkeit ihnen aber nur Pflichten und Verantwortlichkeiten aufbürdet, sie am Gedeih und Verderb des Unternehmens beteiligt — nur auf diesem Wege allein kann eine neue leistungsfähige Arbeitskraft für das Land gewonnen und geschaffen werden. Nur dann kann das Land zu dem Paradiese werden, in das die Großstädter in hellen Scharen einziehen, um neues Glück zu gewinnen.

Helfen kann dazu vielleicht eine gründliche, planmäßige Volksaufklärung.

In einem Programmentwurf „Die neue Volkswirtschaft“, das Josef Meurer im Einvernehmen mit der Zentrale für Heimatsdienst veröffentlicht hat, wird der Plan einer systematischen Volksaufklärung aufgestellt, der „eine restlose Lösung des deutschen Wirtschaftsproblems“ anstrebt.

Herr Meurer sagt: „Wir können in letzter Stunde unsere Wirtschaft vor dem Abgrund bewahren, wenn wir hunderttausende kleinster Wirtschaftsorganismen, die sich als wirtschaftliche Sachwalter, als Bauern-, Arbeiter-, Soldaten-, Handwerker-, Handels- und Angestelltenräte aus der Wirtschaftslage des Ortes herauskristallisieren, in planvolle, energisch geführte Kleinarbeit einsetzen, wenn wir mit allen Mitteln über Wert und Recht der Arbeit innerhalb der großen wie kleinen Gemeinwirtschaften, wie auch des einzelnen Hand- und Kopparbeiters eine überzeugende Aufklärung dem ganzen Lande geben können.“

Summerhin: so wichtig eine systematische und soziallehrlche Volksaufklärung sein mag, sie kann doch niemals die wirtschaftlichen Widerstände, die aus Klasseninteresse und Egoismus herrühren, überwinden. Hier muß der Zwang einer sozialen Gesetzgebung eintreten, die Organisation der Tat, nicht des Wortes.

Dr. Ruths, der so schön von dem Anteillohn und seinen wohlthätigen, moralischen und wirtschaftlichen Folgen zu erzählen weiß (Landwirtsch. Presse vom 2. April 1919 u. f.), ist z. B. doch als Güterdirektor noch nicht einmal imstande gewesen, auf den ihm unterstellten Gütern der Stadt Berlin die Verhältnisse angemessen auszugestalten, wie mehrere Berichte beweisen, die über die Unterbringung, Verpflegung und Entlohnung von Erwerbslosen auf städtischen Gütern vorliegen.

Im Falle des Dr. Ruths scheint wieder einmal festgestellt werden zu müssen, was leider so vielfach noch vorhanden ist und was die ruhige Entwicklung so sehr erschwert, ja fast unmöglich macht:

Die hervorragenden Fachleute haben leider auch zu bestimmen, welche sozialen Verhältnisse, welche wirtschaftlichen Bedingungen überall anzuwenden

sind. Sie sollten auf ihre fachliche Tätigkeit beschränkt werden. Die menschlich-sozialen Zustände dürfen nicht von ihnen bestimmt werden. Auf diesem Gebiet versagen ihre Kenntnisse und Erkenntnisse. Wie das z. B. auch auf den Gütern des Grafen Brühl — Pforten, Nieder-Lausitz — der Fall ist, wo ein hervorragender Landwirt die Erträge wesentlich gesteigert, aber in allen sozialen Fragen gänzlich versagt hat. Auf dem gewaltigen Besitztum könnten viele Hundert Arbeitslose Lohn, Brot und auch gute Unterkunft finden. Dort könnte auch im Großen gesiebelt werden. Aber die Bodenpolitik des Verwalters der Graf Brühlschen Güter verhindert jede Besiedlung. Auch die Behandlung und Entlohnung der Arbeiter ist durchaus unzeitgemäß. Und das, trotzdem die große Industriestadt Forst in der Nähe ist.

Solange die tüchtigen Landwirte sozial unvernünftig sind, wird mit Ruhe und Aufklärung nichts auf dem Lande zu erreichen sein. Zwang und rasches Zugreifen muß die Verhältnisse schaffen, die würdig und ausreichend sind, um unserem Volk neue Daseinsmöglichkeiten zu bieten.

Arbeitswillig ist es. Der Direktor des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, Dr. C. Graack, bescheinigt das in den Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin vom 10. April 1919. Und wenn auch der Gesetzentwurf über die Erwerbslosenfürsorge, der Mitte April 1919 von einem Reichsausschuß der Erwerbslosen an die Reichsregierung geleitet worden ist, keine Unterlagen für irgendwelche Arbeitsbeschaffung bietet, wenn er sich auch ganz einseitig auf die Unterstützung festlegt, so wird die Arbeitsbeschaffung doch Erfolg haben, wenn sie die zeitgemäßen Arbeitsverhältnisse schafft.

Der Erfolg solcher Tätigkeit kann nicht ausbleiben. Die Stadt Bielefeld hat ihren vielen Leinwebern Arbeit im Freien verschafft. Sie wollen jetzt nicht mehr in die Fabrik zurück. Bielefeld hat keine Arbeitslosen, sondern Arbeitermangel. Bielefeld zahlt keine Erwerbslosenunterstützung, nur Arbeitslohn.

Die Lücke, die in unserem ganzen Verwaltungs-körper klafft — im Reich, in den Staaten und beiden Gemeinden —, sie kann nur durch wirtschaftliche Maßnahmen, kann nur durch Arbeitsbeschaffungsämter ausgefüllt werden.

Die Aufgaben der Arbeitsbeschaffungsämter können den Erwerbslosenfürsorgestellten oder den Arbeitsnachweisen übertragen werden.

Hier sei nochmals gesagt, daß das Reich es in der Hand hat, diese Lücke sofort auszufüllen: Es braucht

nur zu bestimmen, daß nur solche Gemeinden die Reichszuschüsse der Erwerbslosenfürsorge bekommen, die Arbeitsbeschaffungsämter einrichten und sie der Kontrolle eines Reichsministeriums unterstellen. Die Mittel für diese Arbeitsbeschaffungsämter sind aus dem Fonds zu nehmen, die für die Erwerbslosenfürsorge bereit gestellt sind. Aus der Unterstützungssumme muß Arbeitslohn gemacht werden. Immer wieder ist das zu betonen.

Die Arbeitsmöglichkeiten, die von solchen Aemtern zu schaffen sind, liegen hauptsächlich auf den Gebieten der Melioration (Bodenverbesserung usw.) und der Siedlung. Im „Hamburger Echo“ vom 14. März 1919 weist auch der bäuerliche Landtagsabgeordnete Peters (Mehrheitssozialist) darauf hin. Der „Reichs-Siedlerbund“, der die Siedlungsfrage durch Zusammenschluß in lebhafteres und gesunderes Tempo bringen will, weist beachtenswerte Bahnen.

Ganz besonders beachtenswert ist der Deutsche Arbeitsbund in Wölpe. Unter Führung von Hauptmann Schmude und Dr. Osterreich beteiligen sich Gebildete an der Handarbeit der Bergleute unter der Parole: Jede Arbeit ist wertvoll und jeder Arbeiter hat ein Recht auf Siedlung. Hier liegt ein erfolgreicher Versuch vor in der Art meiner Kulturarbeitsstätten.

Gefährlich dagegen ist der Antrag der Demokraten in der deutschen Nationalversammlung, das Kapital der „gemeinnützigen“ Siedlungsgesellschaften um 100 Prozent zu erhöhen. Sie sagen ja, daß jetzt nicht gesiedelt werden kann. Wozu brauchen sie dann soviel Geld?

Hier sei nochmals auf die Äußerungen des erfahrenen und sozial gerichteten Spezialkommissars, Geheimrat Glatzel (S. 178—187), hingewiesen, der die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften ablehnt und einen neuen, uninteressierten Apparat fordert. Er hat die Genußtunng, daß die preussische Regierung gleichfalls erkannt hat, daß die Reichsgesetzgebung bisher den falschen Weg ging, als sie die unsozialen „gemeinnützigen“ Siedlungsgesellschaften mit der Siedlungsarbeit beauftragte. Die Denkschrift der preussischen Regierung über die schleunige Inangriffnahme der Besiedlung und Oedlandkultur in Preußen vom 25. März 1919 geht durchaus in der gleichen Richtung wie die Vorschläge meines Mitarbeiters. Werden sie bald zum Gesetz erhoben, kann die Tätigkeit beginnen, die wir brauchen: Auf deutschem Boden neue Werte schaffen durch

geregelt Arbeit!

H. O.

Das neue Reich

Herausgegeben von Hans Ostwald und Paul Remer

- Heft 1: **Die neue Reichsleitung**
- Heft 2: **Sozialisierung**
- Heft 3: **Der Völkerfriede**
- Heft 4: **Die Frau im neuen Deutschland**
- Heft 5: **Die Maifeier**
- Heft 6: **Die neue Reichsverfassung**
- Heft 7: **Der Räte-Gedanke**
- Heft 8: **Die Friedenskonferenz**
- Heft 9: **Die Friedensbedingungen**
- Heft 10: **Der Kampf um den Frieden**
- Heft 11: **Das internationale Arbeiterrecht**
- Heft 12: **Das deutsche Siedlungswerk**
- Heft 13: **Die deutsche Einheit**
- Heft 14: **Die Zukunft der Landwirtschaft**
- Heft 15: **Der Friede**
- Heft 16: **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**
- Heft 17: **Landwirtschaft und Friede**
- Heft 18: **Die neuen Reichssteuern**
- Heft 19: **Die neue Volkskunst**
- Heft 20: **Die Zukunft des Völkerbundes**
- Heft 21: **Betriebsräte**

Die Hefte sind geschichtliche Dokumente von bleibendem Wert.
Für jedermann im Volke ein unentbehrlicher Führer in den politischen und wirtschaftlichen Zukunftsfragen Deutschlands!
Bezugspreis: Heft 1—5 je 20 Pf., Heft 6 und folgende je 30 Pf.,
vierteljährlich jetzt 3 Mark

Überall zu haben!

**Kommissionsverlag W. Moeser, Buchhandlung,
Berlin S 14, Stallschreiberstraße 34/35**

**Das neue
Reich**

Wochenschrift

Heft 30 Pfennig
Überall zu haben!

**Die
neuen Männer**
antworten auf unsere
Tagesfragen!

**Sprechen zu jedem
Deutschen!**

